

Beschlüsse des 83. Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetages

Ärztliche Unabhängigkeit

Eindämmung investorenbetriebener medizinischer Versorgungszentren (iMVZ)

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die mehrfach angekündigte gesetzliche Regulierung und Begrenzung iMVZ zeitnah umzusetzen und entsprechende Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes (GVSG) zu verankern. Die steigende Dynamik bei der Gründung und Ausbreitung von iMVZ sowie von iMVZ-Ketten erfordert rasches Handeln.

Gemeinwohlaspekte der Gesundheitsversorgung stärken – Vertrauen durch Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag ruft die Staatsregierung, Kommunen und die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns auf, Gründung und Betrieb gemeinnütziger medizinischer Versorgungszentren (MVZ) aktiv zu fördern und zu unterstützen.

Unabhängigkeit ärztlicher Entscheidungen durch geeignete Trägerstrukturen sicherstellen

Die Bayerische Landesärztekammer befürwortet ausdrücklich Praxis- und MVZ-Gründungen durch ärztlich geführte Praxisverbände, Vereine, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Strukturen, da sie in renditefokussierten Gesundheitseinrichtungen einen steigenden Druck auf die Unabhängigkeit ärztlicher Entscheidungen beobachtet.

Vertrauen in ärztliche Unabhängigkeit durch Transparenz der Trägerstruktur von MVZ stärken

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag wiederholt erneut die Forderung an den Bundesgesetzgeber, Transparenz hinsichtlich der wirtschaftlich Berechtigten an jedem Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) in einer Art und Weise zu schaffen, dass Öffentlichkeit und damit insbesondere (potenzielle) Patientinnen und Patienten rasch, niederschwellig und jederzeit nachvollziehen können, wer wirtschaftlich von den Erlösen eines MVZ in welchem Ausmaß profitiert. Diese

Informationen sind einfach auffindbar und in leichter Sprache unter anderem im Internet zur Verfügung zu stellen. Der Verweis auf den Publikationsort und eine Zusammenfassung sind auf dem Praxisschild verpflichtend aufzuführen.

Die Schaffung von Transparenz bei der Trägerschaft medizinischer Einrichtungen ist auch Aufgabe der ärztlichen Selbstverwaltung

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Vorstand der Bayerischen Landesärztekammer zur Prüfung auf, ob durch eine Änderung heilberuflicher Regelungen Transparenz hinsichtlich der Trägerschaft medizinischer Einrichtungen hergestellt werden kann.

Aufsichtsfunktion der Selbstverwaltung bei Verträgen und Zielvereinbarungen stärken

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag bittet den Vorstand der Bayerischen Landesärztekammer um Prüfung, ob § 24 der Berufsordnung für die Ärzte Bayerns um folgenden Satz 2 ergänzt werden kann:

„Auf Verlangen der Bayerischen Landesärztekammer sind Ärztinnen und Ärzte verpflichtet, bei Vorliegen von Anhaltspunkten für einen berufsrechtlichen Verstoß sämtliche Vereinbarungen gemäß Satz 1 der Kammer vollständig vorzulegen.“

Tätigkeit der Körperschaften

Ärztliche Landespolitik braucht die Beteiligung angestellter Ärztinnen und Ärzte

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag appelliert an die ärztlichen Tarifparteien, die bisher auf Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter beschränkte Arbeitsbefreiung analog zum Beispiel § 30 TV-Ärzte VKA auf Delegierte der Ärztekammern, insbesondere Funktionsträger und gewählte Mitglieder von Ausschüssen zu erweitern. Gleich die Kammer den Verdienstausschuss durch Zahlung von Sitzungsgeldern oder ähnlichem aus, ist eine unbezahlte Freistellung ausreichend.

Beteiligung der Delegierten am Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetag stärken

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Vorstand auf, die Vollversammlung

der Bayerischen Landesärztekammer zukünftig ausgewählte Themen in interaktiven Formaten bearbeiten zu lassen.

Ärztliche Kammertätigkeit im Heilberufes-Kammergesetz (HKaG) verankern

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag appelliert an den bayerischen Gesetzgeber, einen Anspruch auf Freistellung von der Arbeitspflicht für gewählte Mandatsträger der Bayerischen Landesärztekammer im Heilberufes-Kammergesetz (HKaG) zu verankern. Gleich die Kammer den Verdienstausschuss durch Zahlung von Sitzungsgeldern oder ähnlichem aus, ist eine unbezahlte Freistellung ausreichend.

Appell an die bayerische Ärzteschaft

Die Bayerische Landesärztekammer und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten mögen sich dafür einsetzen, unseren Beruf attraktiv, zukunftsfähig und gesellschaftlich wertvoll zu gestalten und ihn nach außen genau so darzustellen.

Dies beinhaltet auch, originär ärztliche Kompetenzen wie Impfen, Medikamentenberatung, Präventionsmaßnahmen, Mutterschaftsvorsorge und vieles mehr, nicht nur für uns Ärztinnen und Ärzte zu erhalten, sondern sie vielmehr aufzuwerten und unserer Leistung und unserer Verantwortung angemessen zu vergüten.

Kandidatenvorstellung zur Wahl der Delegierten zur Bayerischen Landesärztekammer

Im Rahmen der nächsten Delegiertenwahl der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) soll eine Webseite zentral von Seiten der BLÄK gestaltet werden, auf der jeder Kandidierende eine kurze Vorstellung zu seiner Person und zu seinen Prioritäten präsentieren kann. Die Referenz zu dieser Webseite soll mit Versand der Wahlunterlagen jedem Wahlberechtigten zur Verfügung gestellt werden.

Digitalisierung

Sinnvolle Nutzung der Digitalisierung in Kliniken und Praxen

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

und die Nationale Agentur für Digitale Medizin (gematik) auf, die Anwendungen elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) und elektronisches Rezept (E-Rezept) nutzenorientierter zu gestalten.

„Praxisstärkungsgesetz“ – Finanzierung der Digitalisierung im niedergelassenem Bereich

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Bundesgesetzgeber auf, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die eine angemessene Finanzierung des Digitalisierungsprozesses und der Bereitstellung einer modernen Praxisinfrastruktur im niedergelassenen Bereich sicherstellt. Dies soll analog zu den Regelungen im Krankenhaussektor (Krankenhauszukunftsgesetz, Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz, etc.) geschehen. Es ist notwendig, dass inhabergeführte Arztpraxen hinreichend finanziell gefördert werden, um die umfassende Digitalisierung und Modernisierung der Gesundheitsversorgung im Sinne einer zukunftsfähigen Patientenversorgung zu gewährleisten.

Elektronische Überweisung ermöglichen

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Vertragspartner der Bundesmantelverträge (Krankenkassen und Kassenärztliche Bundesvereinigung) auf, Regelungen und Bedingungen für den elektronischen bzw. digitalen Überweisungsschein festzulegen, die eine praktikable, quartalsübergreifende Überweisung ermöglichen und den Datenschutzstandards entsprechen.

Gleichzeitig appelliert der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag an alle Kolleginnen und Kollegen, die Vorgaben zur quartalsübergreifenden Überweisung der KVB umzusetzen und somit den bürokratischen Mehraufwand durch „erneute Überweisungsanforderung“ zu reduzieren.

PVS-Systeme der Zukunft: Nutzerfreundlich, interoperabel, praxistauglich

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die gematik bzw. die Digitalagentur für Gesundheit auf, die Praxisverwaltungssysteme (PVS) nutzerorientiert, funktional und interoperabel weiterzuentwickeln. Alle PVS-Systeme müssen nahtlos in die Telematikinfrastruktur (TI) integriert werden und offene Schnittstellen für

eine vereinfachte Interoperabilität mit externen Programmen und KI bereitstellen. Der Wechsel zwischen verschiedenen PVS-Anbietern ist zu erleichtern, und die Einhaltung verbindlicher Nutzerfreundlichkeitsstandards muss regelmäßig kontrolliert werden. Bestehende Vorgaben aus dem Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz (GDAG) sind zu verschärfen und konsequent umzusetzen, um Defizite in der Funktionalität und Nutzerfreundlichkeit zu beseitigen.

Elektronische Patientenakte (ePA)

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Gesetzgeber auf, dafür zu sorgen, dass die ePA vollständig ist. Es muss gewährleistet sein, dass alle ärztlichen Behandler umfassenden Zugriff auf alle patientenrelevanten Daten haben. Nur dadurch ist sicherzustellen, dass Ärztinnen und Ärzte ihre Patientinnen und Patienten entsprechend der medizinischen Notwendigkeiten und aktuellen wissenschaftlichen Grundlagen behandeln können.

Kommunikationsstruktur

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Gesetzgeber auf, für eine funktionierende digitale intra- und intersektorale Kommunikationsstruktur zwischen Krankenhäusern, Praxen, Reha-Einrichtungen, ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen und Heimen der Eingliederungshilfe zu sorgen. Nur so ist eine gute durchgehende Versorgung der Patienten gewährleistet.

KI in der Arztpraxis unabhängig von wirtschaftlichen Interessen

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Vorstand der Bayerischen Landesärztekammer auf, sich für die Förderung von angewandten KI-Forschungsprojekten im niedergelassenen Bereich einzusetzen. Diese sollen praxisrelevant die Bedürfnisse und den Nutzen für Leistungserbringer und Leistungsempfänger fokussieren.

DiGA – Digitale Gesundheitsanwendungen Apps auf Rezept

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) auf, die Listung vorläufiger DiGA ohne Nachweise eines positiven Versorgungseffektes

durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zu unterbinden.

Gesundheitspolitik

Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes mit Fokus auf den schulärztlichen Dienst

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention auf, sich für eine umfassende Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Bayern mit besonderem Fokus auf den Ausbau und die Weiterentwicklung des schulärztlichen Dienstes einzusetzen.

Schutz vor Gewalt in Arztpraxen – Ausweitung der §§ 113 bis 115 StGB auf alle Gesundheitsdienstleister

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bundesjustizministerium (BMJ) und die Bundesregierung auf, den Schutz vor Gewalt von Ärztinnen und Ärzten sowie medizinischem Personal in ambulanten Praxen zu verbessern, indem der besondere rechtliche Schutz der §§ 113 bis 115 des Strafgesetzbuches (StGB) auf alle Gesundheitsdienstleister, insbesondere auch auf das medizinische Personal in ärztlichen Praxen, ausgeweitet wird.

Übergangs- und Kurzzeitpflege

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Gesetzgeber auf, die beim geplanten Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz frei werdenden Kapazitäten so umzustrukturieren, dass eine Übergangs- und Kurzzeitpflege eingerichtet wird. Diese Plätze sind dringend nötig.

Prävention

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Gesetzgeber auf, Prävention als eine Maßnahme der Patientensteuerung zu fördern. Um in Zukunft die Kosten für die Behandlung von chronischen Erkrankungen zu reduzieren ist es erforderlich, dass mehr Mittel und Ressourcen in die Prävention investiert werden. Prävention muss in allen Lebensphasen und in alle Lebensbereiche integriert werden.

Verbindlichen Hitzeaktionsplan in Bayern erstellen

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung erneut auf, umgehend einen verbindlichen Hitzeaktionsplan zur Prävention hitzebedingter Erkrankungen und Todesfälle zu erstellen, der Basis für die Umsetzung auf kommunaler Ebene sein soll. An der Vorbereitung und Umsetzung der entsprechenden Regulierungen sollte die bayerische Ärzteschaft beteiligt werden.

Krankenhausbedarfsplanung in Bayern am gesamtgesellschaftlichen Bedarf ausrichten

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, in Bayern eine Krankenhausplanung einzuführen, die sich am nach wissenschaftlichem Stand der Versorgungsforschung ermittelten Versorgungsbedarf orientiert.

Arbeitsbedingungen in bayerischen Krankenhäusern verbessern – Fachkräftemangel entgegenwirken

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag weist die Staatsregierung, BKG und Klinikarbeitsgeber-Verbände auf die Notwendigkeit hin, dass Krankenhäuser als wesentliche Säule der Patientenversorgung am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben müssen.

Der Versuch, eine unzureichende Krankenhausfinanzierung zu Lasten der dort Beschäftigten zu kompensieren, hat bereits heute vielerorts einen erheblichen Personalmangel verursacht, der die Patientenversorgung auch in Bayern spürbar beeinträchtigt und die Wahrscheinlichkeit von Behandlungsfehlern steigert. Der Teufelskreis aus schlechten Arbeitsbedingungen, unattraktiven tariflichen Regelungen (gerade hinsichtlich der Arbeit zu sozial und physisch belastenden Zeiten), daraus resultierendem Personalmangel mit sich verstärkender Überlastung der Verbliebenen muss dringend durchbrochen werden.

Aktuell bieten die laufenden Tarifverhandlungen zwischen der Ärztegewerkschaft Marburger Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände die Chance, eine Trendumkehr einzuleiten.

Keine Abschiebung ausgebildeter und in Ausbildung befindlicher Pflegekräfte

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die politisch Verantwortlichen auf, erfolgreich in Beruf oder Ausbildung tätige Pflegekräfte, die als Geflüchtete und/oder Schutzsuchende gekommen sind, vor Abschiebung zu schützen, auch wenn formaljuristisch eine solche möglich wäre. Vielmehr sollten diese besonders schnell anerkannt werden, sodass ihr Aufenthalt und damit ihre Arbeit bei uns gesichert ist.

Stationäre Versorgung

Stationäre Versorgung von Menschen mit schwerer geistiger und komplexer Behinderung

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, einen Bericht zu erstellen über die in Bayern vorhandenen Möglichkeiten der stationären Versorgung von Menschen mit komplexer Behinderung und herausforderndem Verhalten, die ein organmedizinisches Problem haben, das der stationären Behandlung bedarf.

Dieser Bericht soll insbesondere auch eingehen auf Qualifikation des in den als geeignet angegebenen Stationen tätigen ärztlichen und pflegerischen Personals, die Wartezeiten von der Anmeldung bis zur möglichen Aufnahme und eventuelle Ausschlusskriterien für die Aufnahme.

Einweisungsmanagement

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Gesetzgeber auf, Voraussetzungen für die Einführung eines unbürokratischen und funktionierenden Einweisungsmanagements zu schaffen, das die Weitergabe aller relevanten patientenbezogenen Daten beinhaltet. Dabei ist sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel zur Umsetzung zur Verfügung stehen, ohne dass es zu zusätzlichen Belastungen im stationären oder ambulanten Bereich kommt. Die Ressourcen für Hard- und Software sind bereitzustellen.

Entlassmanagement

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Gesetzgeber auf, das derzeitige Entlassmanagement, das trotz 12 Änderungsvereinbarungen des Rahmenvertrages nur unzureichende Verbesserungen gebracht hat, zu reformieren, um den Bedürfnissen von Patienten und Behandlern gerecht zu werden. Derzeit funktioniert das Entlassmanagement beispielsweise nicht bei Multimorbiden, Alleinstehenden, Palliativpatienten und komplexbehinderten Menschen.

Gesundheitsversorgung

Immer noch bestehende Lieferengpässe bei lebenswichtigen Medikamenten

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) auf, den immer noch bestehenden Lieferengpässen bei Medikamenten endlich entgegenzuwirken.

Bekanntnis der Delegierten zum Fortbestehen des Notarztwesens in Bayern

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Vorstand auf, sich für das Fortbestehen

einer arztbesetzten präklinischen Notfallmedizin einzusetzen.

Quo vadis Notarzttdienst?

Die Bayerische Landesärztekammer wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Fortbildung der Notärzte zu verbessern.

Widerspruchslösung bei Organspende

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Bundesgesetzgeber auf, die Widerspruchslösung bei der Organspende in Deutschland einzuführen und die notwendigen Änderungen im Transplantationsgesetz vorzunehmen. Durch dieses Modell wird jede Person automatisch als Organspenderin oder Organspender betrachtet, sofern kein ausdrücklicher Widerspruch erfolgt ist.

Impfen: Fortbildungsseminare und Kurse für Ärztinnen und Ärzte

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Landesärztekammer auf, spezielle Fortbildungscurricula für Ärztinnen und Ärzte zu entwickeln. Diese sollen sich auf die Gesprächsführung mit impfbesorgten Eltern und Patienten sowie den Umgang mit Impfmythen und Falschinformationen konzentrieren.

Professioneller Umgang mit Impfskepsis und evidenzbasierte Widerlegung von Impfmythen als fester Bestandteil der ärztlichen Aus-, Weiter- und Fortbildung

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Landesärztekammer auf, dass der professionelle Umgang mit Impfskepsis und die evidenzbasierte Widerlegung von Impfmythen als fester Bestandteil in der ärztlichen Aus-, Weiter- und Fortbildung integriert wird. Es soll ein Konzept zur Sensibilisierung und Schulung von Ärztinnen und Ärzten entwickelt werden, um der Verbreitung von Fehlinformationen zum Thema Impfen durch medizinisches Fachpersonal entgegenzuwirken.

Konsequente Stärkung der ärztlichen Psychotherapie

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Präsidium der Bayerischen Landesärztekammer auf, sämtliche in seiner Macht stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um die ärztliche Psychotherapie zu erhalten und zu stärken. Ärztliche Psychotherapie in ihrer Vielfalt und spezifischen Kompetenz darf nicht aus der Versorgung verschwinden. Neben mehr Medizinstudienplätzen sind eine deutlich stärkere inhaltliche Beachtung von Psychotherapie, Psychosomatik und Psychiatrie in der Lehre und verbesserte Weiterbildungsbedingungen sowie eine adäquate Vergütung der sprechenden Medizin notwendig.

Trotz des erheblichen Versorgungsbedarfs ist die Psychotherapie aus ärztlicher Hand stark gefährdet und gerät zunehmend in eine nachgeordnete Position. Es besteht die Gefahr, dass aufgrund des Nachwuchsmangels die sogenannten P-Fachärztinnen/-ärzte (Fachärztinnen/-ärzte für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Fachärztinnen/-ärzte für Psychiatrie und Psychotherapie und Fachärztinnen/-ärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie) und andere ärztliche Psychotherapeutinnen und -therapeuten mittelfristig sogar vollständig aus der ambulanten psychotherapeutischen/psychiatrischen Versorgung verschwinden.

Niederschwellige Ausgabe von Buprenorphin durch Hausärzte ermöglichen

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Bundesgesetzgeber auf, Buprenorphin aus Anlage III (zu § 1 Abs. 1) des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) zu streichen und die niederschwellige Ausgabe durch Hausärzte zu ermöglichen, um die Substitutionsbehandlung zu erleichtern und die drogenbedingte Sterblichkeit in Deutschland zu senken.

Räume für niederschwellige Substitution flächendeckend in Bayern einrichten

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, in Bayern flächendeckend Räume für niederschwellige Substitution für schwer Drogenkranke einzurichten.

Hochschule

Bezahlbarer Wohnraum für Mitarbeitende der Universitätsklinik

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert den Freistaat Bayern auf, vor dem Hintergrund steigender Mietpreise seine Bemühungen bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, verbesserter Anbindung an den ÖPNV oder anderer Mobilitätskonzepte gemeinsam mit den Universitätsklinikern zu verstärken, um die Attraktivität des Arzt- und Pflegeberufs gerade in Ballungsräumen in Zeiten von sich zunehmend verschärfendem Personalmangel und damit einhergehenden Versorgungsengpässen weiter zu erhöhen.

Anpassung des Bayerischen Reisekostengesetzes

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Anwendung des Bayerischen Reisekostengesetzes und seiner davon abgeleiteten Ausführungsbestimmungen für die Mitarbeitenden der Universitätskliniken Bayerns dringend den aktuellen marktwirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Die Anwendung der aktuell genannten Höchstbeträge zur Übernachtungskostenstat-

istik und Fahrtkostenberechnung ist bis dahin flexibel zu gestalten.

Einrichtung einer Ombudsstelle für Anfragen von Mitarbeitenden der bayerischen Universitätsklinik

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, die Einsetzung eines auskunftsberechtigten Ansprechpartners im Sinne einer übergreifenden Ombudsstelle zu schaffen, an die sich Mitarbeitende der bayerischen Universitätsklinik wenden können.

Harmonisierung der Anforderungen an Außerplanmäßige Professoren (APL)

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Universitäten und die Medizinischen Fakultäten unter Berücksichtigung der Hochschulautonomie auf, die Anforderungen zur Erlangung einer außerplanmäßigen Professur (APL-Professur) neu zu definieren und zu harmonisieren, um bayernweit gleiche Anforderungen zu gewährleisten.

Kinder- und Jugendgesundheit

Förderung Smartphone-freier Schulen in Bayern

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf, Konzepte für Smartphone-freie Schulen außerhalb einer geplanten Nutzung im Rahmen des Unterrichts zu entwickeln und zu fördern. Ziel ist es, die Konzentrationsfähigkeit und soziale Interaktion von Schülerinnen und Schülern zu verbessern.

Förderung des freien und selbstbestimmten Spiels und der Unabhängigkeit von Kindern und Jugendlichen

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales sowie das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf, Programme zur Förderung des freien und selbstbestimmten Spiels und der Unabhängigkeit von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und zu unterstützen. Diese Programme sollen die Resilienz und soziale Kompetenz von Kindern stärken.

Entwicklung wirkungsvoller Altersverifikationssysteme für Internet- und Social-Media-Nutzung

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Europäische Kommission und die Bundesregierung auf, wirksame Regelungen und technische Lösungen für einen harmonisierten Ansatz zur zuverlässigen Altersverifikation bei der Nutzung von Internet und sozialen Medien zu entwickeln und zu implementieren.

Aufklärungskampagnen zur digitalen Mediennutzung ausbauen

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Bayerische Staatsministerium für Digitales und das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf, umfassende Aufklärungskampagnen zur digitalen Mediennutzung auf- und auszubauen. Diese Kampagnen sollen speziell Eltern, Lehrer und Jugendliche über die Risiken von und den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien informieren.

Nachhaltige Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsbildung in den Schulunterricht integrieren

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag appelliert an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, nachhaltige Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsbildung an bayerischen Schulen zu entwickeln. Konkrete Lerninhalte zu Themen wie Ernährung, Bewegung, Sexualität, psychische Gesundheit, Verhalten im Notfall, aber auch zur angemessenen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen sowie zum Hitzeschutz und den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels sollten stärker in den Unterricht integriert werden – von der ersten Jahrgangsstufe bis zum Schulabschluss. Dafür müssen die erforderlichen Zeitfenster bereitgestellt und die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. An der konkreten Umsetzung in den Schulen sollte die bayerische Ärzteschaft von Anfang an beteiligt werden.

Verschiedenes

Antrag auf Einführung einer Zuckersteuer

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert die Bundesregierung auf, eine Zuckersteuer auf zuckerhaltige Getränke und Lebensmittel in Deutschland einzuführen, um die steigenden Adipositasraten, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, einzudämmen und die damit verbundenen gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen zu reduzieren.

Klimaneutrales Gesundheitswesen bis 2035

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag bekräftigt seine früheren Forderungen an ein klimaneutrales Gesundheitswesen bis 2035 und fordert alle daran Beteiligten und Zuständigen auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wichtige Beiträge hierzu leisten, unter anderem:

- » Klimaneutrale Klinikgebäude
- » Zero-Waste in Kliniken und Praxen
- » Pflanzenbasierte, fleischarme Ernährung in allen Lebensbereichen

Subventionen in fossile Energieträger jetzt beenden

Um die planetare Gesundheit zu schützen, fordert der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag die Bayerische Staatsregierung auf, sich sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene verstärkt für die Abschaffung von Subventionen für fossile Energieträger einzusetzen. Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag stellt fest, dass jeder Tag, an dem fossile Energien verbrannt werden, das gesundheitliche Risiko für die Menschen in

Bayern erhöht. Zudem verschärfen die damit verbundenen CO₂-Emissionen kontinuierlich die Klimakrise.

Einsparmöglichkeiten der Bayerischen Landesärztekammer

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag beauftragt den Vorstand, zu den Bayerischen Ärztetagen jeweils Vorschläge zu erarbeiten, wie die Kosten der Körperschaft langfristig stabil gehalten bzw. gesenkt werden können.

Forderung der Erweiterung der Meldepflichten nach dem Infektionsschutzgesetz hinsichtlich Trichophyton tonsurans-Infektionen

Der 83. Bayerische Ärztinnen- und Ärztetag fordert das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention auf, zu prüfen, ob eine Meldepflicht von Trichophyton tonsurans-Infektionen im Kopf-Hals-Bereich vor dem Hintergrund der exponentiell steigenden Fallzahlen, vor allem bei jungen Männern, eingeführt werden kann.